

Katholikenrat im Bistum Trier

Beschluss der Vollversammlung vom 23. Oktober 2010

Kooperationsverträge in Rheinland-Pfalz und Saarland kündigen

Der Katholikenrat im Bistum Trier lehnt die beiden Kooperationsverträge, die das Land Rheinland-Pfalz und das Saarland zum Einsatz der Bundeswehr in der Schule und in der Lehrerfortbildung geschlossen haben, ab. Der Katholikenrat fordert beide Landesregierungen auf, die Kooperationsverträge zu kündigen und die darin festgeschriebene Form der Kooperation mit der Bundeswehr zu beenden.

Begründung

Der Betrieb und der Unterhalt von Schulen sowie die Erstellung von Rahmenlehrplänen ist eine staatlich-hoheitliche Aufgabe. Die Einbeziehung von Unternehmen und Fremdinstitutionen in den Regelbetrieb und die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, wie er in den Rahmenvereinbarungen vorgesehen ist, widerspricht diesem Grundsatz.

Es geht nicht mehr darum, dass die Bundeswehr oder andere sich im Rahmen von besonderen Projekttagen oder ähnlichen Veranstaltungen präsentieren, sondern Teil des Regelbetriebs in Schule und Lehrerbildung werden.

Das Angebot, dass auch Entwicklungs- und Friedensgruppen oder KDV-Berater in die Schule kommen können, um ihre Sicht der Dinge in den Fragen von Krieg und Frieden darzustellen, verliert schnell seinen „Charme“, wenn man die finanziellen und personellen Ressourcen dieser Gruppen mit denen der Bundeswehr vergleicht.

Es ist ohne Zweifel sinnvoll und notwendig, auch Auffassungen von Friedens- und Sicherheitspolitik jenseits der zurzeit herrschenden friedens- und sicherheitspolitischen Doktrin von Regierung und Bundeswehr in der Schule zu thematisieren und dabei Gruppen wie Kirchen oder Friedensorganisationen zu Wort kommen zu lassen. Wichtig ist dabei aber in jedem Fall eine qualifizierte Vor- und Nacharbeit durch die Lehrerinnen und Lehrer mit ihrer pädagogischen Kompetenz.

Die Kooperationsverträge der Bundeswehr mit den Ländern zur Zusammenarbeit in Schule und Lehrerbildung tragen dazu bei, den einseitig militärischen Blick auf die Problemfelder der Welt in die Herzen und Köpfe der jungen Leute zu tragen und andere friedenspolitische Konzepte in den Hintergrund zu drängen. Insofern tragen die Kooperationsverträge nicht zur „Bildung“ bei, sondern verhindern vielmehr eine notwendige kritische Auseinandersetzung mit der zunehmenden Indienstnahme des Militärs für geostrategische Interessen.

Schulen müssen personell, pädagogisch und finanziell so ausgestattet sein, dass sie auch ohne direkte Einflussnahme und „Unterstützung“ von außen ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können.

Hintergrund

Zurzeit gibt es rund 100 hauptamtliche Jugendoffiziere der Bundeswehr in Deutschland. Sie werden nach einem Hochschulstudium insbesondere in Rhetorik, Sicherheitspolitik und Jugendsoziologie geschult.

Jährlich erreichen die Jugendoffiziere in rund 8000 Veranstaltungen rund 200 000 Teilnehmende, davon etwa 175 000 Jugendliche. Dazu zählen „Besuche bei der Truppe“, Seminarfahrten, Stände auf Messen oder Waffenschauen wie „Unser Heer“. Inzwischen ist die Bundeswehr durch die die Kooperationsvereinbarungen mit den Bundesländern zur Verrechtlichung der Zusammenarbeit in Schule und Lehrerbildung übergegangen. Neu ist dabei vor allem die „Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften“, so die Formulierung in den Kooperationsverträgen. Während im Jahr 2003 nur 50 Referendare Ausbildungsangebote der Bundeswehr nutzten, waren es 2009 bereits 1073 (Quelle: Bundestags-Drucksache 17/1315).

Im Wortlaut der Kooperationsverträge heißt es unter anderem: „Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.“

Zentrales Motiv für die Vorgehensweise der Bundeswehr und ihre Selbstdarstellung im öffentlichen Raum ist der „Kampf um die Herzen und Köpfe“, also die emotionale und rationale Zustimmung zur Bundeswehr und ihren kriegerischen Einsätzen im Rahmen der veränderten nationalen und internationalen Militärstrategien. Als aktuelle „Risiken“ werden hier genannt: Terrorismus, Weiterverbreitung von Atomwaffen, zerfallende Staaten, Unterbrechung von Rohstoffzufuhren oder -transportwegen, Flüchtlingsströme. Es geht um wirtschaftliche und geostrategische Interessen und um die Aufrechterhaltung eines Rahmens von Sicherheit und Ordnung für deren Durchsetzung. Statt das Hungerproblem der Welt strukturell anzugehen, suchen die westlichen, reichen Staaten ihre Rohstoffinteressen militärisch abzusichern und dazu weltweit strategische Stützpunkte und willige Regime einzurichten. Alle wesentlichen globalen Problemfelder werden dabei einseitig in militärischer Logik interpretiert.

Als „Soldaten der Zukunft“ braucht die Bundeswehr einsatzfähige und kampfbereite Soldaten, um diese neuen Militärstrategien umzusetzen. Sie sind auf nationaler Ebene (Weißbuch 2006), auf EU-Ebene (Europäische Sicherheitsstrategie) und auf NATO-Ebene formuliert. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der Soldat heute in der Werbung der Bundeswehr gern als Aufbau- und Katastrophenhelfer, als Staatsbürger oder Weltbürger in Uniform dargestellt wird. In einem Kommentar unter der Überschrift „Feigheit vor dem Bürger“ schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 2. Februar 2008: „So zu tun, als seien Auslandseinsätze nur eine militärisch aufgezoogene Entwicklungshilfe, ist Feigheit vor dem Bürger und schafft Illusionen, die unter den Angriffen unserer Feinde und im Streit unter den Verbündeten schnell zusammenbrechen.“

Die Mehrheit der Bevölkerung will diese Einsätze nicht. Zwei Drittel sind gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Christen sind der Auffassung, dass jeder Krieg grundsätzlich ein Übel ist.

Es geht nicht darum, den einzelnen Soldaten als Mensch und Bürger zu diffamieren. Es geht vielmehr darum, einseitig militärisch orientierte Problemlösungsstrategien zu benennen und zu hinterfragen. Es geht darum, dazu beizutragen, dass nicht auch in Zukunft Soldaten aus Afghanistan und anderen Konfliktfeldern der Welt im Sarg nach Hause zurückkehren.

Es gilt daher, auf die offizielle Politik Einfluss zu nehmen im Sinne von ziviler Konfliktbearbeitung und zugunsten von Menschenrechten und Demokratisierung. In einer Broschüre des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V.“ heißt es dazu: „Generell geht es darum, das Ausmaß militärischer Konfliktaustragung zurück zu drängen, lokale und regionale Friedenskonferenzen zu installieren, Methoden von Mediation und Vermittlung zu verbreiten, verstärkt internationales Recht durchzusetzen, drohende Konflikte präventiv zu deeskalieren, durch die globalen sozialen Bewegungen eine Kultur des Friedens aufzubauen“..., sodass kriegeri-

sche Politik erschwert, zurückgedrängt und vielleicht eines Tages undurchsetzbar wird. Eine große Aufgabe, aber mit vielen Ansatzpunkten, an denen man sofort beginnen kann.“

Infos

Informationsbroschüre „Die Bundeswehr greift in Deutschland an“, herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., (Einzelpreis 1 Euro), www.grundrechtekomitee.de

Netzwerke Friedenskooperative, www.friedenskooperative.de

PädagogInnen für den Frieden, www.friedenskultur.de

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Sicherheit, www.bundeswehr-monitoring.de

Alternative Friedensdienste, www.friedensdienst.de

Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, www.zentralstelle-kdv.de

Infos von Einrichtungen im Bereich des Bistums Trier/Rheinland-Pfalz

Soziale Lerndienste im Bistum Trier, www.soziale.lerndienste.de

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz, www.frieden-umwelt-pfalz.de

Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, www.agf-trier.de

Der Beschluss wurde mit 34 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.